

Raths=Protokoll

der kk. landesfürstlichen Stadt Steyr

vom 1. Dezember 1876



Protokoll

aufgenommen über die Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am 1. Dezember 1876

Gegenwärtige:

Der Vorsitzende Bürgermeister Moriz Crammer.

Der Vice-Bürgermeister Carl Edelbauer.

Die Gemeinderäte:

Mathias Perz

Ferdinand Gründler

Franz Ploberger

Emil Göppl

Georg Pointner

Gustav Gschaider

Josef Reder

Dor. Johann Hochhauser

Johann Reder

Leopold Huber

Franz Schachinger

Ant. Jäger v. Waldau

Franz Jäger v. Waldau

Franz Tomitz

Wenzl Wenhart

Anton Mayr

Schriftführer Gemeinde-Sekretär Iglseider.

Beginn der Sitzung 3 1/4 Uhr Nachmittags.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, konstatiert die Anwesenheit der beschlußfähigen Anzahl von Gemeinderats-Mitgliedern, und ersucht den Vice-Bürgermeister Edelbauer für den ersten Punkt der Tages Ordnung den Vorsitz zu übernehmen. Er selbst tritt ab.

Unter dem Vorsitze des Vice-Bürgermeisters.

I. Section.

1. G.R. Pointner referirt über die vom Concepts-Adjunkten Herrn Wilhelm Sperr gegen mehrere wider ihn getroffenen Maßnamen des Bürgermeisters eingebrachte Beschwerdeschrift, und den hierüber vom Amte in Folge Gemeinderatssitzungsbeschlusses vom 17. November 1876 erstatteten Bericht und stellt mit dem Bemerkten, daß das Amt die vorgebrachten Beschwerdepunkte vollkommen entkräftet habe, namens der Sektion den Antrag:

1. Es sei dem Ansuchen des Concepts-Adjunkten Herrn Wilhelm Sperr um Enthebung von seiner Dienstesstelle mit Ende Dezember 1876 Folge zu geben, und ihm ein, für seine künftige Stellung nicht nachtheiliges Zeugnis auszustellen.

2. Es sei in den Wunsch des Gemeinde-Amtes um Ermächtigung zur sofortigen Ausschreibung der Concepts-Adjunktenstelle vorläufig nicht zu willigen, sondern das Amt zu beauftragen, einen genauen Status des gesammten Beamtenstandes und der aushilfsweisen Schreibkräfte, mit der allfälligen Dienstes-Instruktion über die den einzelnen Beamten zugewiesenen Agenden bis zur nächsten Sitzung dem Gemeinderate vorzulegen.

3. Die laut des zweiten Punktes der Tages-Ordnung beantragte Anstellung eines Kanzellisten sei vorläufig auf obigen Antrag zu verweisen.
Sämmtliche Anträge der Sektion werden angenommen. — Z. 385 praes.

Hiedurch entfällt Punkt 2 der Tages-Ordnung. — Z. 422 praes.

Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters:

3. G.R. Pointner referirt über den Amtsbericht, mit welchem aufmerksam gemacht wird, daß der für den Hornviehmarkt an Wochenmärkten bestimmte Platz am Ennsquai zu diesem Zweck nicht ausreiche, und daher zur Vermeidung der zahlreichen Unzukömmlichkeiten um Abhilfe ersucht wird. Referent bemerkt hiezu daß es richtig sei, daß der an Wochenmarktstagen zum Verkaufe des Horn- und Klauen-Viehes bestimmte Standplatz zunächst der Neubrücke zu klein und ungünstig situirt sei. Es werde daher beantragt, daß von Seite des Amtes wegen Ermittlung eines für diesen Zweck geeigneteren Platzes Erhebungen gepflogen werden, und sei das Resultat hierüber zur Kenntnis und allfälligen Beschlußfassung des Gemeinderates zu bringen.

G.R. Ploberger schlägt als einen geeigneten Platz zur Abhaltung des Viehmarktes an den Wochenmarktstagen den Wieserfeldplatz, und zwar den Platz nächst der Brückenwage vor und stellt der Antrag, es sei sowol der Hornvieh, als auch der Schweinemarkt an den Wochenmarktstagen an diesem Platze abzuhalten, nachdem der gegenwärtige Platz am Ennsquai aus sicherheitspolizeilichen Rücksichten nicht entspreche.

Der Antrag des G.R. Ploberger wird zum Beschluß erhoben. — Z. 10900.

II. Section.

4. G.R. Leopold Huber referirt über das Gesuch des Wundarztes Herrn Ignatz Zach um Gewährung einer Remuneration für geleistete Sanitäts-Dienste, und stellt namens der Sektion den Antrag, der löbl. Gemeinderat wolle demselben für seine zahlreichen ärztlichen Dienstleistungen, wie im Vorjahre eine Remuneration von 100 fl bewilligen. Beschluß nach Antrag. — Z. 11336.

5. Derselbe referirt über das Gesuch des Herrn Franz Lang ein Verlängerung der Pachtdauer hinsichtlich des von ihm gemieteten städtischen Kellers im Exzölestinergebäude und stellt namens der Sektion den Antrag der löbliche Gemeinderat wolle dem Gesuchsteller diesen Keller wieder unter den bisherigen Bedingungen auf ein weiteres Jahr gegen einen Pachtschilling von 25 fl überlassen.

G.R. Dor. Hochhauser stellt den Abänderungs-Antrag, es sei demselben dieser Keller auf die Dauer von 5 Jahren, jedoch unter dem Vorbehalte eines vierteljährigen Kündigungsrechtes seitens der Gemeinde mietweise zu überlassen.

Letzterer Antrag wird angenommen. — Z. 10972.

6. G.R. Leop. Huber referirt über den in der letzten Gemeinderatssitzung vom Gemeinderat Franz Jäger v. Waldau eingebrachten Antrag auf Erhöhung des Verzehrungssteuer-Zuschlages auch für die Wirte u. Fleischhauer von 20 auf 30 % und stellt namens der Sektion den Antrag, es sei vorläufig auf diese Erhöhung nicht einzugehen, indem die bestehende Bestimmung der benannten Gewerbsleute ohnehin eine empfindlich hohe sei.

G.R. Franz Jäger v. Waldau bemerkt, er habe sich nur dadurch zur Einbringung dieses Antrages veranlaßt gesehen, weil im vorigen Jahre, als sich sämmtliche Bräuer beim Bürgermeister wegen der stattgehabten Erhöhung des Verzehrungssteuer-Zuschlages beschwert hätten, derselbe ihnen bedeutet hätte, daß in diesem Jahre wegen des bereits gefaßten Beschlusses, eine Abhilfe nicht mehr

möglich sei, daß sie aber im nächsten Jahre beim Gemeinderate die Angelegenheit anhängig machen könnten, wonach die Wirte und Fleischhauer gleichfalls in die Erhöhung einbezogen werden würden. G.R. Mayr spricht seine Ansicht dahin aus, daß durch eine solche Erhöhung des Verzehrungssteuer Zuschlages für Wirte und Fleischhauer zunächst nicht diese, sondern nur die Bevölkerung hart getroffen würde, weil die Wirte u. Fleischhauer ohne Zweifel ihre Waare wieder verteuern würden, um den ihnen zukommenden Nachteil zu decken. Durch eine Verteuerung des Fleisches und des Getränkes wurden aber gerade die kleinen Gewerbetreibenden und die arbeitende Bevölkerung am empfindlichsten geschädigt, er müsse daher den Sektionsantrag lebhaft unterstützen.

G.R. Franz Jäger v. Waldau entgegnet, daß konsequenterweise dann auch im Vorjahre die Bräuer in Folge der stattgehabten Erhöhung des Verzehrungssteuer-Zuschlages auf das Bier den Bierpreis hätten erhöhen müssen, was sie aber nicht getan hätten, es sei daher durchaus nicht notwendig, daß, wenn dieser Zuschlag auch für die Wirte und Fleischhauer erhöht werde, dieselben die ihnen hiedurch zukommende Last gleich wieder auf das Publikum hinüberwälzen müßen.

Der Vorsitzende bemerkt, er halte den gegenwärtigen Zeitpunkt durchaus nicht für geeignet, abermals eine Steuererhöhung eintreten zu lassen; dieselbe bedürfe überdies der Genehmigung des hohen Landtages, welcher wenn alljährlich derartige Anträge auf Steuererhöhung seitens der Gemeinde eingebracht würde, über die Finanzgebahrung der Gemeinde gewiß kein vorteilhaftes Bild sich entwerfen könne, und dies umso mehr als der ganze aus dieser Erhöhung sich ergebende Gewinn kaum 2000 fl betrage. Im Übrigen stellt er gegenüber den Ausführungen des G.R. Franz Jäger v. Waldau in Abrede, als habe er den Brauern versprochen, daß im nächsten Jahre eine Erhöhung des Verzehrungssteuer-Zuschlags auch bei den Wirten und Fleischhauern Platz greifen werde. Er habe selbstverständlich ein solches Versprechen nicht gemacht, und nicht machen können, nachdem diese Erhöhung einzuführen nicht in seiner Macht liege, sondern in den Wirkungskreis des Gemeinderates gehöre.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Sektion angenommen. — Z. 11188.

III. Section

7. G.R. Reder referirt über den in der Gemeinderatssitzung vom 27. Oktober zur Verlesung gebrachten Erlaß des Landesschulrates wegen Vorname mehrerer Adaptirungen im Exjesuitengebäude, und stellt namens der Sektion den Antrag auf Ablehnung dieser Adaptirungsbauten.

G.R. Dor. Hochhauser schließt sich dem Sektions-Antrage seinem Inhalte nach vollständig an, und begründet diesen damit, daß die Gemeinde durch ihre bisherige Haltung gewiß dargethan habe, daß sie für die Schule alles zuthun bereit sei, es sei aber unbillig, fort und fort neue Anforderungen zu stellen. Des neue Schulgesetz bestehe nun schon mehrere Jahre, und dennoch sei eine Reihe von Gemeinden noch nicht in der Lage gewesen ihre Schulen entsprechend umzugestalten. Es seien zahlreiche Schulen auf dem Lande, wo entgegen der gesetzlichen Anordnung 120 und mehr Kinder in einem Lehrzimmer beisammensitzen; und fast sämmtliche Gemeinden in Oberösterreich seien noch nicht auf den Standpunkt, den das Schulgesetz vorschreibe. Das Gesetz lasse sich eben nicht mit einem Schlage durchführen, es braucht Zeit, um alle Fragen zu regeln. Die Gemeinde Steyr habe in dieser Richtung getan was möglich gewesen sei, und sei hiedurch in die Lage gekommen, die Riesensumme von 300.000 fl verzinsen zu müssen; da müsse es dann auch einmal eine Grenze geben, und sei nun vor allen die pekuniären Lage der Gemeinde zu berücksichtigen, welche dringend die höchste Sparsamkeit erheische, und an die Gemeinde Verteilung die Anforderung stelle, nur solche Leistungen zu übernehmen, welche absolut notwendig seien. Dieses geltend zu machen, sein die Gemeinde mit Rücksicht auf ihre zahlreichen für die Schule gebrachten Opfer mit Anstand in der Lage; daher der k.k. Landesschulrat in Anerkennung dieser Leistung die Gemeinde unmöglich zwingen könne, auf einmal wieder so bedeutende Opfer für die Schule bringen zu müssen. Damit sei ja nicht gesagt, daß nicht später wieder die Gemeinde sich zu Leistungen in dieser Richtung herbeilasse, aber gegenwärtig gestatten dieses die Geldmitteln derselben nicht (Lebhaftes Bravo:)

G.R. Wenhart bemerkt, daß er das Exjesuitengebäude in allen seinen Räumlichkeiten kenne, er schildert die verschiedenen der Schule zur Verfügung stehenden Lokalitäten, von denen mehrere in keiner Weise in ihrem gegenwärtigen Bestande zu Lehrzimmern geeignet seien, daher eine Abhilfe insbesondere auch in sanitärer Hinsicht dringend notwendig sein. Durch das Schulgesetz sei es genau vorgeschrieben, welcher Raume für Lehrzimmer benötigt werde, daher mit der beantragten Ablehnung der Adaptirungsbauten, jedenfalls nicht geholfen sei, nachdem im Weigerungsfalle auf Grund der gesetzlichen Vorschriften, die Gemeinde hiezu einfach von der Landesschulbehörde gezwungen werden würde; er glaube daher, die Gemeinde solle dieses letzte Opfer für die Schule noch bringen.

G.R. Pointner bemerkt, daß das ganze Exjesuitengebäude zu Schulzwecken weniger geeignet sei, jedenfalls aber sein die vom Landesschulrate verlangten Adaptirungen, wie dies auch bei der seinerzeit von dessen Seite abgehaltenen Commission konstatiert worden sei, notwendig. Er anerkenne dabei freilich, daß der vom Referenten erwähnte Kostenaufwand mit circa 2500 fl die Gemeinde wieder hart treffe.

Auf den Wunsch des G.R. Wenhart wird dieses Commissions-Protokoll sohin verlesen.

G.R. Gschaidler wünscht den Sektions-Antrag dahin stilisirt, es sei die Landesschulbehörde unter Hinweis darauf, daß die Gemeinde Steyr für die Schule schon so zahlreiche große Opfergebracht habe, zu ersuchen, für einige Zeit von den beantragten Adaptirungsbauten Umgang zu nehmen, bis die finanzielle Lage der Gemeinde sich wieder gebessert habe.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Sektion nach der Modifikation des G.R. Gschaidler mit allen gegen 3 Stimmen zum Beschlusse erhoben. — Z. 8204.

8. G.R. Reder referirt über einen Bericht des städt. Cassaamtes, mit welchem dasselbe unter Hinweis auf mehrere Unregelmässigkeiten in der Berechnung des Brunnengeldes das Ersuchen um Bestimmung eines Tarifes hinsichtlich der Einhebung dieses Brunnengeldes stellt und zugleich behufs Einhebung der Jahresgebühren für die Benützung der städt. Wasserleitung von den betreffenden Hausbesitzern die Anzeige macht. — Er stellt namens der Sektion den Antrag, es sei mit Rücksicht auf das baldige Ende des Jahres für diesmal noch das Brunnengeld in dem bisherigen Ausmaße einzuheben, und zur Beseitigung der als bestehend anerkannten Übelstände des Amt aufzufordern, diesfalls die nötigen Erhebungen zu pflegen und einen, den Verhältnissen entsprechenden Tarif dem Gemeinderate zur Beschlußfassung vorzulegen. Beschluß nach Antrag. — Z. 10931.

IV. Section.

a. in Armensachen.

9. G.R. Anton Jäger v. Waldau, verliest nachstehende Eingabe. —

Löblicher Gemeinderat!

Eines der fühlbarsten Bedürfnisse für Steyr ist nebst der guten Pflege für die Schule auch ein der Jetztzeit entsprechendes Armenhaus. Obzwar Steyr an solchen mehrere besitzt, und überhaupt durch den edlen Wetteifer ihrer biederen Bewohner alles aufgeboten wird, den Armen nach Möglichkeit ihr schweres Los zu erleichtern, so ist es doch Tatsache, daß ein den jetzigen Verhältnissen entsprechendes Armenhaus bereits ein dringendes Bedürfnis geworden ist. Es ist erwiesen, daß viele Arme wol allerdings einen Unterstand genießen, doch ist dieser eben in vielen Fällen nicht der Art, wie er wünschenswert wäre. Wol kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr geleistet werden, wie dies ohnehin geschieht. Doch nachdem die löbliche Gemeinde-Vertretung nach dieser Richtung bei der Armen-Reform ihren Anfang genommen, so wäre es vielleicht an der Zeit das edle Werk durch Errichtung eines den Zeitverhältnissen entsprechenden Armenhauses zu befördern. Ich verkenne allerdings die schwere Aufgabe nicht, allein es soll ein Werk für die Zukunft, und eben für die Armen sein, damit diesen ein würdiger Unterstand geboten wird, der ihnen das herbe Los erleichtern hilft. Wie ich weiß, hat die sel. Frau Duckart ein bedeutendes Legat zur Adaptirung eines Armenhause hinterlassen, weiters würden sodann einige der dermaligen Armenhäuser entbehrlich

und daher zu veräußern sein, wodurch das erste und gewiß nicht unbedeutende Grundkapital geschaffen wäre. In Betreff des finanziellen Punktes würde ich mir weiters eine Substitution und eine Wolthätigkeits-Lotterie in Vorschlag zu bringen erlauben. — Wie ich den Woltätigkeitssinn der Bürgerschaft, wie überhaupt der Bewohner Steyrs kenne, bin ich überzeugt, daß dieselben gerne für dieses edle Werk ihre Mildtätigkeit an den Tag legen werden, wo es doch gilt, den Armen eine gute Zufluchtsstätte zu schaffen. — Unser hochverehrter Mitbürger Herr Josef Ritter von Werndl hat durch seinen rastlosen Eifer und Anstrengung auf allen Gebieten Großes geleistet, und verdankt ihm Steyr seinen jetzigen Aufschwung. Möge der Samen, den er in Betreff der Industrie gestreut hat, fort und fort reichliche Früchte tragen und unsere alte Eisen-Industrie durch Errichtung verschiedener nützlicher in Stahl- und Eisen-Industrie einschlagenden Versuchs-Werkstätten und Schulen den alle Ruhm bewahren. — Wenn man nun erwägt, daß der einzelne Mann so viel des Großen geschaffen hat, so kann man wol annehmen, daß dieses Werk der vereinten Kraft gelingt. — Wenn es auch unseren Zeitgenossen noch nicht gegönnt sein dürfte, den Genuß zu haben, so werden aber ganz gewiß unsere Nachkommen die Früchte ernten. Steyr erfreut sich überhaupt in Allen eines guten Klages. Die Umgebung — von der Natur reich ausgestattet — macht auf jeden Fremden einen guten Eindruck etc. Bei diesen Gedanken drängt sich mir die Frage auf, sollte da nicht auch den Armen ein würdiges Asyl erbaut werden können? Gibt es doch viele Hunderte die ohne ihr Verschulden um ihr Vermögen, Hab und Gut gekommen, und die im Alter dringend einer Unterstützung bedürftig sind. Es ist demnach ein Werk der Humanität, das in Antrag zu bringen, ich mich hiemit beehre. Es wolle demnach der löbliche Gemeinderat obige Vorstellung zur eingehenden Beratung der Armen-Sektion gütigst zuweisen, die im Vereine mit dem Herrn Bürgermeister und den Herren Armenvätern darüber beraten, und dem löbl. Gemeinderate seinerzeit Bericht erstatten mögen. — Franz Tomitz. —

Er stellt namens der Sektion den Antrag, der löbliche Gemeinderat wolle vorliegenden Entwurf der Armen-Commission zur Begutachtung zuweisen. —
Beschluß nach Antrag. — Z. 10984.

b. in Schulsachen.

10. G.R. Wenhart referirt über ein Gesuch des Realschuldieners um Aufbesserung seiner Bezüge und stellt nach Verlesung des Gesuches namens der Sektion den Antrag, der löbl. Gemeinderat wolle dem Wunsche des Gesuchstellers entsprechen und die von ihm übernommenen Holzverkleinerungskosten für die Zukunft auf das ursprünglich bei Bemessung seines Auslage Pauschale verbrauchte Quantum Holz von 3 Klaftern beschränken. Die durch einen etwaigen Mehrverbrauch erwachsenden Kosten wären von der Gemeinde zu übernehmen.

Nachdem von mehreren Seiten die Mißbilligung ausgesprochen wurde, daß der Realschuldieners, dessen Bezüge ohnehin erst in der vorletzten Sitzung aufge bessert worden seien, schon jetzt wieder mit einem ähnlichen Ansinnen an die Gemeinde komme, wird der Antrag der Sektion mit dem Zusatzantrage, daß dem gemäß dessen Pauschale wieder auf 200 fl herabzusetzen sei, zum Beschluß erhoben. — Z. 10978.

Nach Erledigung der Tages-Ordnung ladet der Vorsitzende den Gemeinderat ein, zur Beratung des Präliminaries ein Comité zu wählen, und werden zu Mitgliedern desselben über Vorschlag des G.R. Gschaider der Vice-Bürgermeister und die Gemeinderäte Josef Huber und Tomitz gewählt.

Hienach erbittet sich G.R. Schachinger das Wort, und macht auf mehrere Unzukömmlichkeiten aufmerksam, die sich durch den bei Punkt 3 der Tagesordnung gefaßten Beschluß, es sei auch der Schweinemarkt auf den Wieserfeldplatz zu verlegen, ergeben würden, daher er den Antrag stellt, es sei bloß der Hornviehmarkt auf den Wieserfeldplatz zu verlegen, hingegen der Schweinemarkt, wie bisher am Ennsquai zu belassen. Nach einer längeren Debatte über die Frage, ob eine abermalige Abstimmung über diesen bereits erledigten Gegenstand zulässig sei, wird der Antrag des G.R. Schachinger zum Beschluß erhoben.

Hierauf erbittet sich G.R. Reder das Wort und stellt unter Erzählung mehrerer Vorfällenheiten zwischen ihm als Obmann der Bausektion und dem städt. Ingenieur an den Bürgermeister die Anfrage, welches Verhältnis zwischen der Bausektion und dem städt. Ingenieur zu bestehen habe, und wie derselben der ihr zustehende Einfluß auf das städt. Bauwesen einzuräumen sei. Der Vorsitzende erwähnt, es sei früher Gepflogenheit gewesen, daß zwischen ihm, der Bausektion und dem städt. Bauamte an jeden Sonntag eine Besprechung über die Maßnamen, welche im Laufe der nächsten Woche zu erfolgen hätten, stattgefunden hätte, und macht den Vorschlag, diese Gepflogenheit wieder einzuführen. Dieser Vorschlag wird zum Beschluß erhoben. — Z. 11546.

G.R. Reder stellt weiter die Anfrage, wann die Probedienstzeit des städt. Ingenieurs zu Ende sei, und stellt nach erhaltener Auskunft, daß selbe mit Ende März 1877 ablaufe, den Antrag, es sei die Beratung der Frage, ob derselbe definitiv anzustellen sei, auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Beschluß nach Antrag.

Schließlich erbittet sich G.R. Mayr das Wort, und stellt unter Erzählung eines Falles, in welchem nach seiner Angabe eine Frau eines Arbeiters wegen Trankausführen eine Geldstrafe von 5 fl habe zahlen müssen, das Ersuchen um Veranlassung, daß bei derartigen Straffällen nach Umständen die Gemeindemitglieder mit Nachsicht behandelt werden. Der Vorsitzende erwiedert, daß die Strafamtshandlungen in den übertragenen Wirkungskreis der Gemeinde gehören, wofür er daher allein verantwortlich sei, daß er übrigens über den erzählten Fall genaue Erhebungen pflegen werde.

Schluß der Sitzung 6 Uhr Abends.

Crammer Bürgermeister
Igleseder Schriftführer
L. Huber Gemeinderath
M.A. Perz